

## **Interview zur Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in der Monatszeitung OXI, Ausgabe 5/2018, S. 21**

### ***Heinz-J. Bontrup über Warnungen, die ungehört blieben, die falsche Wirtschaftspolitik der SPD und die Schwierigkeiten ökonomischer Alphabetisierung***

*Professor Bontrup, was eint die Memorandum-Gruppe und was unterscheidet sie von jenen, die gegenwärtig den ökonomischen Diskurs beherrschen?*

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gibt es seit 1975. Die Gründungsmitglieder, ich bin als Student 1978 dazu gestoßen, hatten ein Gespür für den in der Politik und Wirtschaft, aber auch in der Wirtschaftswissenschaft, sich anbahnenden Paradigmenwechsel. Vor allem akzeptierten hier die Kapitaleigner den Umverteilungsprozess der Wertschöpfungen zu ihren Lasten nicht mehr. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote war nach dem Krieg in Westdeutschland bis Mitte der 1970er Jahre um etwa 15 Prozentpunkte gestiegen und damit die Profitquote gesunken. Gleichzeitig kam die Profitrate, die entscheidende Steuerungsgröße im Kapitalismus, unter Druck. Und nicht zu vergessen ist in der Sekundärverteilung der Ausbau des Sozialstaats und der damit verbundene Steuerstaat. In Folge kam es auf Druck des Kapitals zu einem Umbau, den wir heute als Neoliberalismus kennzeichnen. Der Markt soll hier uneingeschränkt das Sagen haben, die niedrigsten Löhne sind die besten Löhne und der Wohlfahrtsstaat muss zurückgedrängt werden. Dagegen steht vehement die Position der Memorandum-Gruppe. Das eint uns von Anfang an und unterscheidet uns gleichzeitig von den Anhängern des mit der Zeit immer radikaler auftretenden profitgetriebenen Mainstreams.

*Was sind die Hauptpunkte der Kritik Ihrer Arbeitsgruppe an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie?*

Zunächst einmal: Wir haben viele Unterstützer\*innen aus dem linken Lager der SPD. Wir kritisieren aber die SPD massiv wegen ihrer Agenda 2010 Politik, die in Deutschland für eine Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich steht und die Arbeitsmärkte prekarisiert hat. Wir kritisieren die SPD auch wegen ihrer völlig verfehlten Finanz- und Steuerpolitik.

### **Was meinen Sie genau?**

Die SPD fordert, wie alle Konservativen im Land, eine Politik der „Schwarzen Null“. Der Staat dürfe keine Schulden machen. Das ist ein ökonomisches Denken aus der Mottenkiste zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Als hätte es nie einen Keynesianismus gegeben. Und in der Steuerpolitik, um hier nur einen Kritikpunkt zu nennen, verzichtet die SPD auf die Wiedereinführung einer Vermögensteuer. Was uns aber in der Arbeitsgruppe mindestens genauso an der Mehrheits-SPD ärgert, ist ihr fast ständiges Ja-Nein-Sagen.

*Heute hier, morgen dort?*

Genau. In der Opposition fordert sie beispielsweise einen massiven Ausbau der unternehmensbezogenen Mitbestimmung, bringt dazu sogar ein progressives Gesetz in den Bundestag ein, und hat alles, in Regierungsverantwortung gekommen, wieder vergessen.

*Wie sehen Sie die Rolle der Gewerkschaften? Füllen die denn aus, was von ihnen erwartet wird: nicht nur Korrektiv zu sein, sondern widerständig gegen profitorientierten Sozialkahlschlag und Durchmarsch neoliberaler Positionen?*

Die Gewerkschaften sind unsere Verbündeten. Unter dem vom Kapital und der Politik gewollten neoliberalen Paradigma wurden sie immer mehr geschwächt. Sie konnten den primären Umverteilungsprozess zu Gunsten des Profits nicht aufhalten. Das macht sie natürlich angreifbar. Auch ihre fast einseitige Nähe zur SPD – trotz Agenda 2010.

*Was sollte sich ändern?*

Wir von der Arbeitsgruppe würden uns insbesondere von den Gewerkschaftsvorständen mehr Unterstützung und einen wissenschaftlich orientierten Dialog wünschen. Hier müssten sich die Vorstände dann anhören, dass wir zum Beispiel nicht mit der Tarifpolitik, die die Arbeitszeitpolitik weitgehend ausklammert, einverstanden sind. Auch nicht mit dem Zurückhalten in der so wichtigen ordnungstheoretischen Forderung nach Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie. Wir wissen aber auch, dass die Gewerkschaften gegenüber dem Kapital und der Politik nur so stark sein können, wie sie Mitglieder\*innen haben. Deshalb kritisieren wir viel mehr die abhängig Beschäftigten, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind.

*Wo verortet die Memorandum-Gruppe denn überhaupt Ansätze für eine andere, linke, nachhaltige Wirtschaftspolitik?*

Wir stehen seit 1975 für eine Links-Keynesianische Wirtschaftspolitik. Diese setzt nicht nur auf ein Defizit-Spending, also eine antizyklische Konjunkturpolitik, sondern auch dezidiert auf eine umverteilende staatliche Politik zum Vorteil der ganzen Gesellschaft und nicht zuletzt auf eine nachhaltig wirkende Umweltpolitik. Wir wollen, dass der arbeitende Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft steht und nicht der Profit fürs Kapital. Und wir wollen einen starken Sozialstaat, weil wir wissen, dass es in einer Gesellschaft immer auch schwache, schutzbedürftige Menschen gibt und Menschen keine Altersarmut verdienen. Auch ertragen wir es nicht, dass Kinder, in einer der reichsten Volkswirtschaften der Erde, unter Hartz-IV-Bedingungen aufwachsen müssen.

*Welche Vorschläge unterbreiten Sie Politik und Gesellschaft?*

Dazu empfehle ich die ausgiebige Lektüre unserer seit 1975 veröffentlichten Memoranden. Es gibt wohl kein wirtschaftswissenschaftliches und -politisches Feld, wozu wir uns nicht geäußert bzw. Positionen entwickelt haben. Dabei will ich nicht verhehlen, dass wir auf allen Feldern immer gleich stark auftreten konnten. Aber wir arbeiten ständig an einer Verbesserung. Die Wachstums- und Umweltpolitik sind hier Beispiele. Aber auch die Europapolitik.

*Werden Ihre Vorschläge denn auch von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert? Es hat nicht den Anschein.*

Da liegen Sie mit Ihrem Eindruck leider richtig. Aber Wirtschaftspolitik allgemein leidet am Fehlen einer notwendigen, heftigen und dialektischen gesellschaftlichen Debatte. Dies ist vor dem Hintergrund der zunehmenden ökonomischen Krisen völlig wider-

sprüchlich, wie unsere Ordnung, der Kapitalismus, selbst. Auch fehlt es an einem kausalen Denken. Es war aber schon immer schwer, Menschen in Sachen Ökonomie zu erreichen. Ein fundiertes ökonomisches Wissen liegt bei den meisten Menschen leider nicht vor. Auch hier fühlt sich übrigens die Memorandum-Gruppe verpflichtet, für mehr ökonomische Wissensvermittlung, für eine ökonomische Alphabetisierung, zu sorgen. Auf regelmäßig abgehaltenen Sommerschulungen und unzähligen Vorträgen bemühen wir uns jedenfalls.

*Rückblickend lässt sich sagen, die Memorandum-Gruppe war stets ein Frühwarnsystem. Sie hatten Krisen schon im Blick, wo andere noch glaubten, der Kapitalismus könne ohne Störungen wachsen. Welche Gefahren schätzen Sie derzeit als die größten ein?*

Da kann ich rückblickend betrachtet nicht widersprechen. Wir hätten aber lieber nicht Recht behalten. Im gerade vorgelegten Memorandum 2018 warnen wir wiederholt vor einer Politik der „Schwarzen Null“. Es ist für uns unerträglich, vor dem Hintergrund einer weiterhin bestehenden Massenarbeitslosigkeit, riesiger staatlicher Versorgungslücken in Infrastruktur, Bildung und im Sozialen weiter auf ökonomisch völlig bornierte Schuldenbremsen zu setzen, deren sofortige Abschaffung wir fordern. Hier kritisieren wir massiv die neue GroKo, die diesbezüglich an einer schon in der Vergangenheit verfehlten Wirtschaftspolitik festhält. Im Memorandum 2018 haben wir uns neben der Europa-problematik besonders mit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigt.

*Die Idee wird auch unter linken Ökonomen kontrovers diskutiert.*

In der mittlerweile von vielen aufgestellten Forderung sehen wir aber kein Lösungsinstrument. Im Gegenteil: Mit der Einführung würden vielmehr neue und sehr viel gravierendere Probleme geschaffen. Auch kritisieren wir ausführlich in diesem Jahr den Pflegenotstand und schlagen konkrete Lösungen vor. Und nicht zuletzt ist einer unserer vertieften Forschungsgegenstände im Memorandum 2018 die Lage auf den deutschen Wohnungsmärkten. Hier haben wir als Alternative zu den unbrauchbaren Vorschlägen der Bundesregierung eine notwendige Offensive für eine kommunale Wohnungswirtschaft entwickelt.

*Erschienen in OXI: Wirtschaft Anders Denken, Ausgabe 5/2018, S. 21*